



3



Antrag auf Auszahlung der erfolgsbezogenen Vermittlungspauschale (für Eintritte ab 01.01.2022)

Ich beantrage eine Vermittlungspauschale gemäß § 76 Absatz 2 SGB III in Höhe von 2.000,00 € für eine vorzeitige und nachhaltige Vermittlung aus einer nach § 117 SGB III geförderten außerbetrieblichen Rehabilitationsspezifischen Ausbildung in eine betriebliche Berufsausbildung.

A. Maßnahmedaten

1 Agentur für Arbeit

2 Leistungserbringer

3 Leistungserbringer Kundennummer

4 COSACH-Maßnahmenummer

B. Teilnehmerdaten

5 Vorname

6 Nachname

7 Kundennummer

C. Angaben zur außerbetrieblichen Berufsausbildung im Rahmen der Reha-Ausbildung

8 Ausbildungsberuf

9 Ausbildungszeit laut Ausbildungsvertrag

vom (TT.MM.JJJJ)

bis (TT.MM.JJJJ)

D. Angaben zur betrieblichen Berufsausbildung

10 Ausbildungsbetrieb

11 Ausbildungsberuf

12 Wann wurde der als Anlage beigefügte eingetragene Berufsausbildungsvertrag geschlossen?

am (TT.MM.JJJJ)

13 Für welchen Zeitraum wurde der als Anlage beigefügte eingetragene Berufsausbildungsvertrag geschlossen?

vom (TT.MM.JJJJ)

bis (TT.MM.JJJJ)

14 Es handelt sich um ein Berufsausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung, dem Seearbeitsgesetz, dem Altenpflegegesetz oder nach Teil 2 des Pflegeberufgesetzes und wurde in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen bei (bitte zuständige Stelle eintragen)



S1

E. Vermittlungstätigkeit

i Hinweis Eine Vermittlung liegt vor, wenn der Leistungserbringer als „Dritter“ im Kontakt mit dem/der Auszubildenden und dem Ausbildungsbetrieb stand und durch seine Tätigkeit aktiv die Abschlussbereitschaft beider derart gefördert hat, dass ein Ausbildungsvertrag geschlossen wurde. Vermittelnde Tätigkeiten umfassen ein Verhandeln mit beiden Parteien, um den Vermittlungserfolg (Aufnahme eines Berufsausbildungsverhältnisses) herzustellen. Notwendig ist hierbei unter anderem, dass der Leistungserbringer Verbindung mit dem Ausbildungsbetrieb aufnimmt und mit diesem im Sinne eines bewusst auf den Vertragsabschluss zielenden Wirkens verhandelt. Ein eventuell unterbreiteter Vermittlungsvorschlag der Agentur für Arbeit oder einer Grundsicherungsstelle schließt die Zahlung einer Vermittlungspauschale nicht aus, sofern der Leistungserbringer seine Vermittlungstätigkeit im Sinne der vorgenannten Definition sowie deren Anteil am Zustandekommen des Berufsausbildungsverhältnisses plausibel darlegen kann. Hierbei ist es nicht ausreichend, allein die Auszubildenden gezielt auf das betriebliche Auswahlverfahren bzw. die Bewerbungsunterlagen vorzubereiten, da dies Bestandteil der Maßnahme und damit des laufenden Monatskostensatzes ist.

Die Vermittlung gilt als vorzeitig, wenn die oder der Auszubildende spätestens zwölf Monate vor dem vertraglichen Ende der außerbetrieblichen Ausbildung in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt worden ist. Die Vermittlung gilt als nachhaltig, wenn das Berufsausbildungsverhältnis länger als vier Monate fortbesteht. Die Pauschale wird für jede Auszubildende und jeden Auszubildenden nur einmal gezahlt.

15 Beschreibung der eigenen Vermittlungstätigkeit

16 Ich habe für die oder den auf Seite 1 genannten Auszubildende/n bereits eine Vermittlungspauschale erhalten.

Ja Nein

17 Anlage

Kopie des eingetragenen betrieblichen Ausbildungsvertrages

18 Ort

19 Datum

20 Stempel/Unterschrift des Leistungserbringers

F. Bestätigung der/des Auszubildenden

i Hinweis In Frage 21 ist der Tag nach Ablauf von 4 Monaten seit Beginn der betrieblichen Berufsausbildung einzutragen (Beispiel: Ausbildungsbeginn 01.08.; Ablauf von 4 Monaten am 30.11.; einzutragendes Datum 01.12.)

21 Ich bestätige hiermit, dass das vorgenannte betriebliche Ausbildungsverhältnis fortbestanden hat am (TT.MM.JJJJ)

22 Ort

23 Datum

24 Unterschrift der/des Auszubildenden beziehungsweise des Erziehungsberechtigten bei minderjährigen Auszubildenden

